

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 4. Stadtratssitzung
Datum SR-Sitzung: 18. Juni 2018
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 21:25 Uhr
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 23 und 24 vom 7. und 14. Juni 2018 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmer

Stadtratspräsident	Michael Ritter
Stimmzähler	Franziska Cottier-Rupp, Thomas Grimm
Mitglieder des Stadtrates	Roger Aebi, Yves Aeschbacher, Annemarie Althaus-Zingg, Gabriela Bannwart, Daniel Beck, Peter Biedermann, Tabea Bossard-Jenni, Georg Burkhard, Anna de Quervain, Hermann Dür, Karin Fankhauser, Urs Geiser, Thomas Gerber, Friedrich Gfeller, Urs Gnehm, Yves Greisler, Jürg Kämpf, Fabian Käsermann, Simon Kühni, Esther Liechti-Lanz, Pierre Manz, Christine Meier, Marcel Meier, Adrian Merz, Mathuran Poopalapillai, Andreas Rössler, Philipp Schärf, Andreas Stettler, Anette Vogt, Ulrich von Känel, Sybille Zingg Righetti, Paul Krähenbühl, Ian Thompson, Barbara Lüthi-Kohler, Peter von Arb, Werner Weber
Entschuldigt	Andrea Lüthi
Stadtpräsident	Stefan Berger
Mitglieder des Gemeinderates	Theophil Bucher, Charlotte Gübeli, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Annette Wisler Albrecht, Christoph Grimm
Entschuldigt	-
Stadtschreiber	Roman Schenk
Auskunftsperson	Christoph Muralt, Leiter Finanzen
Protokoll	Brigitte Henzi

Traktanden:

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 14. Mai 2018	3
- Informationen des Stadtratspräsidenten	3
- Informationen aus dem Gemeinderat	4
- Anschaffung Tanklöschfahrzeug (TLF) Feuerwehr; Kreditabrechnung	5
- Neues Engelsgrab Friedhofanlage	5
- Altersvorsorge Stadt Burgdorf 2019	7
- Überparteilicher Auftrag BDP/SVP/EDU betreffend kostenneutraler Ausstieg aus der Personalvorsorgestiftung Region Emmental (PRE)	11
- Geschäftsbericht 2017	11
- Stellungnahmen und Abschreibungsanträge zu den noch nicht erfüllten Motionen, Postulaten und Aufträgen	16
- Postulat SVP und Mitunterzeichnende betreffend Parkplätze im Bahnhofquartier Burgdorf	17
- Motion GLP betreffend Lohnbegrenzung Stadtpräsidium	17
- Postulat Grüne Burgdorf betreffend TISA: Auswirkungen und Handlungsmöglichkeiten	17
- Postulat GLP-Fraktion betreffend Archivierung und Archivalien der Stadt Burgdorf	18
- Auftrag BDP-Fraktion betreffend "Förderung der öffentlichen Elektromobilität in Burgdorf"	18
- Überparteilicher Auftrag SP / SVP / BDP / FDP / Grüne / GLP / EVP und EDU betreffend Totalrevision des Schulreglements und zur Klärung von Aufgaben, Form und Funktion der Volksschulkommission	18
- Postulat Grüne Burgdorf betreffend Lohngleichheit zwischen Frau und Mann auf Gemeindeebene realisieren - Lohngleichheits-Charta unterschreiben	19
- Interpellation FDP-Fraktion betreffend "Atelieraufenthalt in Buenos Aires"	19
- Interpellation Grünen Burgdorf betreffend Bahnhoftreff Steinhof	20
- Interpellation SVP-Fraktion betreffend "freihändiger" Vergabe von Aufträgen	20
- Interpellation GLP-Fraktion betreffend bürgerfreundlicher e-Dienstleistungen der Verwaltung der Stadt Burgdorf und Schaffung einer digitalen Identität	20
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes	21

Appell

Der durch den Stimmenzähler Grimm Thomas durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von vorerst 38 Mitgliedern des Stadtrates (SR). Stadtrat Weber Werner trifft im Verlauf der Sitzung ein.

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2018-180 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 14. Mai 2018

Verhandlung

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 14. Mai 2018.

SRB: 2018-181 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen des Stadtratspräsidenten

Verhandlung

Stadtratspräsident Ritter Michael begrüsst die Anwesenden zur vierten Sitzung im Jahr 2018. Im Speziellen begrüsst er als Auskunftsperson Muralt Christoph, Leiter Finanzen, sowie als neues Stadratsmitglied Weber Werner und wünscht ihm viel Freude im Amt.

Stadtratspräsident Ritter Michael informiert über die besuchten Veranstaltungen und Anlässe. Am 26. Mai 2018 hat er als Gast an einem Teil der Tagung der Humboldt-Gesellschaft teilgenommen. Die ehrwürdige wissenschaftliche Gesellschaft hat ihre Tagung in Solothurn veranstaltet, hat aber einen Teil davon in Burgdorf durchgeführt. Zur Einladung verholfen hat Aeschlimann Trudi, vormals Archivarin der Burgergemeinde Burgdorf. Die Stadt Burgdorf war zudem durch Gemeinderat Grimm Christoph vertreten. Der Anlass hat im Stadthauskeller stattgefunden. Der Dank geht insbesondere an Aeschlimann Trudi für die Gelegenheit, an dieser sehr interessanten Tagung teilzunehmen. Am 31. Mai 2018 hat der Vorsitzende die Grussbotschaft der Stadt Burgdorf an das Organisationskomitee und den durchführenden Verein, Turnverein Oberburg, für die kommenden Schweizerischen Meisterschaften im Vereinsturnen überbracht. Die SMV 2018 findet am 8. und 9. September 2018 statt. Der Dank geht an den OK-Präsidenten Schmidiger Bruno für den gelungenen Anlass im Stadthauskeller. Am 13. Juni 2018 war der Vorsitzende Gast beim Forum der Universität und Gesellschaft im Museum Franz Gertsch. Tagungsthema war "Integration muss gelingen". Die Stadt Burgdorf war an diesem Forum gut vertreten, insbesondere durch Stadtpräsident Berger Stefan als Referent, Gemeinderat Grimm Christoph und Gemeinderätin Gübeli Charlotte sowie Lüthi-Kohler Barbara, 1. Vize-Stadtratspräsidentin, und von Arb Peter, 2. Vize-Stadtratspräsident. Der Vorsitzende bittet um Verständnis, dass die weiteren anwesenden Mitglieder von städtischen Behörden nicht mehr namentlich erwähnt werden. Der Dank geht an die Universität Bern beziehungsweise dem Forum für den interessanten Anlass. Stadtratspräsident Ritter Michael teilt mit, dass Stadträtin Meier Christine ihre Demission aus dem SR per Ende Juni 2018 eingereicht hat. Ihre Nachfolgerin wird Maurer Roschi Franca. Stadtrat Poopalapillai Mathuran hat seine Demission aus dem SR per Ende September 2018 eingereicht. Der Rücktritt erfolgt aus beruflichen beziehungsweise ausbildungsbedingten Gründen.

Seine Nachfolge wird zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben. Am 27. August 2019 um 19.00 Uhr findet die Informationsveranstaltung des SR statt. Die Einladung folgt zu gegebener Zeit. Die Mitglieder des SR werden gebeten, möglichst vollzählig teilzunehmen. Am 25. Oktober 2018 ab zirka 17.00 Uhr findet der diesjährige Stadtratsausflug statt. Die Einladung folgt zu einem späteren Zeitpunkt. Die Organisation liegt bei der Grünen-Fraktion.

SRB: 2018-182 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice informiert über das Budget 2019. Der Budgetprozess hat bereits begonnen. Am 31. Mai 2018 wurde bereits die GPK informiert. Der SR erhält heute die gleichen Informationen wie sie die GPK erhalten hat. Der Gemeinderat (GR) und die GPK haben beschlossen, dass diese mündliche Information durch den GR und nicht durch die GPK erfolgt. Weitere Informationen folgen an der nächsten Sitzung. Am 29. Oktober 2018 um 19.00 Uhr findet eine Informationsveranstaltung zum Budget 2019 statt. An der Stadtratssitzung vom 5. November 2018 wird das Budget 2019 traktandiert. Beim Budgetprozess wurden die Legislaturziele angeschaut, vor allem die der Finanzdirektion, weil wie im Geschäftsbericht steht, ein Bilanzüberschuss von mindestens 0 Franken erzielt werden soll, der Selbstfinanzierungsgrad 50% und die Nettoschuld pro Einwohner maximal Fr. 1'300.-- betragen sollte. Die Legislaturplanung der anderen Direktionen für das Budget 2019 ist berücksichtigt. Die MIP wurde vom GR angepasst. Bei der MIP gibt es ziemlich viele Abhängigkeiten. Es ist zum Beispiel inzwischen klar, dass bei der Ufersicherung der Emme im Felseggshachen ein Beitrag vom Schwellenverband geleistet wird. Bei der Abwasserentsorgung hat es auch Änderungen gegeben. Im weiteren hat es Korrekturen im Freizeit- und Begegnungspark Freibad gegeben. Diese Ausgaben haben sich ein bisschen verkleinert. Bei der Gebäudestrategie hat man festgestellt, dass diese fälschlicherweise weder von der Bau- noch der Finanzdirektion in der MIP berücksichtigt wurde. Dieser Umstand wurde korrigiert. Ebenfalls ist die Planungssumme der Informatik von Fr. 100'000.-- auf 50'000.-- angepasst worden. An der Strategieklausur des GR hat man gemerkt, dass das Projekt Gebrüder-Schnell-Terrasse eine Anpassung nötig hat, weil man gewisse Arbeiten gemeinsam mit der Grabenstrasse erledigt. Dadurch kann Geld gespart werden. Die Projekte in der MIP verstehen sich als Annahmen, welche sich verändern können. Der GR hat weiter beschlossen, dass im allgemeinen Haushalt ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden muss. Weiter wird angestrebt, in Anlehnung an unsere Ampel-Steuerung, dass der Bilanzüberschuss Ende 2022 im Minimum 4 Mio. Franken betragen soll. Die Steueranlage 2019 bleibt unverändert. Die Nettokosten der einzelnen Direktionen im Budget basieren auf der Jahresrechnung 2017. Bereits im Budget 2018 hat man gemäss Jahresrechnung 2016 budgetiert. Selbstverständlich werden unbeeinflussbare Kosten wie zum Beispiel die Lohnkosten der Bildungsdirektion, die abhängig vom Kanton sind, die Lohnmassnahmen und die Teuerung, der jetzigen Situation angepasst. Beim baulichen Unterhalt der Liegenschaften sind 2.1 Mio. Franken vorgesehen. Geplant im allgemeinen Haushalt in den Jahren 2019 bis 2022 sind Nettoinvestitionen von total 21.5 Mio. Franken. Der Selbstfinanzierungsanteil beträgt bei 50% 10.8. Mio. Franken. Erfahrungsgemäss der letzten Jahre hat man immer rund 80% der Investitionen getätigt. Das bedeutet, dass wir in dieser Frist rund 17.3 Mio. Franken investieren würden und pro Jahr mit einem Selbstfinanzierungsgrad von rund 3 Mio. Franken rechnen müssen. Das Budget wird nun durch die Direktionen bearbeitet. Weitere Informationen folgen im September.

SRB: 2018-183 | Registratur-Nr. 3.33.3310.11

Anschaffung Tanklöschfahrzeug (TLF) Feuerwehr; Kreditabrechnung

Verhandlung

Stadratspräsident Ritter Michael stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK und des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Stettler Andreas, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, da man sich bei der Fahrzeugbeschaffung kritisch geäußert hat, dass man sich auch lobend äussern kann, wenn eine Beschaffung gut gegangen ist. Der Kredit wurde 17% unter dem beantragten Kredit abgeschlossen. Die FDP-Fraktion gratuliert zu diesem vorsichtigen Umgang mit den Finanzen. Ein Dank geht an alle, die zu diesem Resultat beigetragen haben. Man hofft, dass dies die Latte für alle weiteren Kreditabrechnungen ist.

Stadträtin Vogt Anette, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass das Geschäft unbestritten ist. Die SP-Fraktion möchte der Feuerwehr für ihren Einsatz ein grosses Dankeschön aussprechen. Die Feuerwehr funktioniert einwandfrei und wir können uns in Burgdorf sicher fühlen. Dies ist nicht selbstverständlich, wenn man das Geschehen in der Welt betrachtet.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass man der Kreditabrechnung zustimmt. Es ist immer schön, wenn man über Kreditunterschreitungen abstimmen kann. Dies soll so bleiben. Es wäre wünschenswert für den Rat, wenn man eine höhere Genauigkeit zustande brächte. Es ist ein grosser Wunsch, aber als Rat hätte man eine genauere Richtschnur für die Zukunft, denn eine Abweichung kann auch in eine andere Richtung gehen. Im Vorfeld weiss man nicht im Rat, in welche Richtung es gehen wird. Die Ungenauigkeit gibt auch eine gewisse Unsicherheit im Rat. Ein Dank geht an die Beteiligten für diese Kreditabrechnung.

Abstimmung

Der Stadtrat genehmigt die Kreditabrechnung für die Ersatzbeschaffung Tanklöschfahrzeug "TFL" der Feuerwehr mit Ausgaben von CHF 457'761.95 und Minderausgaben von CHF 92'238.05.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig den Antrag.

SRB: 2018-184 | Registratur-Nr. 2.20.2020

Neues Engelsgrab Friedhofanlage

Verhandlung

Stadratspräsident Ritter Michael stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass dieses Geschäft für ihn persönlich ein grosses Anliegen darstellt. Die meisten Anwesenden wurden möglicherweise noch nie direkt mit der Tragik eines Kindstodes oder einer Totgeburt konfrontiert. Logischerweise setzt man sich auch nicht damit auseinander. Mit der Kontaktaufnahme seitens der Gynäkologie und Geburtshilfe des Spitals Emmental hat es sich schlagartig geändert. Vor über einem Jahr ist die Abteilungsleiterin der Gynäkologie und Geburtshilfe des Spitals Emmentals, von Ballmoos Margreth, auf die Stadt Burgdorf beziehungsweise den zuständigen Bereichsleiter, Spat Alain, zugekommen. Zur damaligen Ausgangslage wurde festgehalten, dass im Spital Emmental im Jahr über 600 Familien bei der Geburt ihres Kindes begleitet werden. Glücklicherweise kann sich dabei das geburtshilfliche Team fast immer mit den Eltern über ein

gesundes Kind freuen. Wenn jedoch das erwartete Kind im Bauch der Mutter oder nach der Geburt stirbt, sind die Eltern darauf angewiesen, dass sie rasch und einfach Hilfe bekommen. Mit dem entsprechenden Fachwissen und Empathie sichert das geburtshilfliche Team des Spitals Emmental eine professionelle Elternbegleitung bei Fehlgeburten und perinatalem Kindstod. Die kurze Zeit für die Trauerverarbeitung ist für die Eltern enorm wertvoll. Es findet die Übergabe an eine frei praktizierende Hebamme der Region statt, welche die weitere Begleitung vornimmt. Nebst gemeinsam erarbeiteten Betreuungsleitlinien pflegt das geburtshilfliche Team einen regen Austausch mit weiteren beteiligten Fachpersonen wie frei praktizierende Hebammen, Mütter- und Väterberaterinnen, Pfarrer und Pfarrerinnen, Psychologinnen, Kinderärzte, Trauerbegleiterinnen, Bestatter und Bestatterinnen sowie dem Friedhof und Krematorium Burgdorf. Es werden gemeinsame Fortbildungen zu diesem Thema durchgeführt. In den letzten Jahren wurde sichtbar, dass der Wunsch der Eltern, auch ganz kleine Kinder, sogenannte nicht meldepflichtige Kinder, in der Erde zu bestatten, zugenommen hat. Dazu stehen ihnen aktuell auf dem Friedhof Burgdorf die Varianten "Kindergrab" und "Familiengrab", verbunden mit entsprechenden Kosten, zur Verfügung. Ein Grabfeld für kleinste Kinder, wie sie in den letzten Jahren in vielen Gemeinden in der Schweiz entstanden sind, fehlt in Burgdorf. Der GR hat einstimmig beschlossen, diesen Umstand rasch möglichst zu ändern. In Zusammenarbeit mit dem Spital Emmental, Fachbereich Gynäkologie und Geburtshilfe, und dem Bestattungswesen wurde ein Projekt erarbeitet, um für Kleinkinder eine letzte Ruhestätte schaffen zu können. Man hat sich dabei auf die Bezeichnung "Engelsgrab" geeinigt. Die bisherige Definition einer Totgeburt, wie sie im Artikel 9 der Zivilstandsordnung festgehalten ist, ist gelinde ausgedrückt ein bisschen anmassend. Die Definition will der GR für das künftige Engelsgrab erweitern. Die Ergänzungen sind in den Unterlagen ersichtlich. Der GR hat in seiner Kompetenz dem Projekt "Engelsgrab" für Kleinkinder zugestimmt. Heute geht es darum, das Reglement und die Verordnung im Bestattungswesen entsprechend anzupassen. Diese Anpassungen liegen in der Kompetenz des SR. Es werden Mehrkosten generiert, die pro Jahr im Maximum Fr. 6'700.-- betragen. Der GR beantragt dem SR, die erwähnten Änderungen im Reglement über das Bestattungswesen und der Anhang zu genehmigen und gleichzeitig den weiteren Vollzug zu erteilen. Damit werden die Eltern, das Spital und die Angehörigen in dieser schwierigen Zeit von einer zusätzlichen Belastung befreit. Den Eltern wird die Möglichkeit gegeben, die verbleibende Zeit mit dem verstorbenen Kind zu verbringen und Abschied zu nehmen.

Stadtratspräsident Ritter Michael informiert über das weitere Vorgehen. Zuerst erfolgt die Umfrage im Rat und im Anschluss die Detailberatung.

Stadtrat Greisler Yves, namens der BDP-Fraktion, teilt mit, dass die Problematik von Totgeburten und Frühverstorbenen bereits unsere Vorfahren zu Gotthelfs Zeiten beschäftigt haben. Totgeburten, Frühverstorbenen und ungetaufte Kinder konnte man dazumal auf dem Friedhof nicht beisetzen. Man hat sie deshalb unter der Dachtraufe der Kirche bestattet und hat sich durch das ablaufende Wasser des Kirchendaches ewigen Frieden für die ungetauften Seelen erhofft. Das Thema "Engelsgrab" in Burgdorf hat einen weniger poetischen Hintergrund. Vielmehr entspricht es dem Wunsch der betroffenen Familien, nach einem solch grossen Schicksalsschlag einen würdigen Ort für die Bestattung und Trauerbewältigung zu haben. Die BDP-Fraktion dankt dem GR und der Verwaltung für die Ausarbeitung der Vorlage. Die BDP-Fraktion wird die Anträge einstimmig annehmen.

Stadträtin Zingg Righetti Sybille, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass das Projekt "Engelsgrab" unbedingt unterstützt werden muss, so auch die entsprechenden Änderungen von Reglement und Verordnung. Die SP-Fraktion unterstützt einstimmig die Anträge. Für die Betroffenen ist jeder Verlust eine grosse Belastung, so auch von den so genannten Engelskindern, die in unserer Gesellschaft eigentlich gar nicht wahrgenommen werden. Das vorliegende Vorhaben ist deshalb sehr wichtig und wird, wie bereits von Gemeinderat Rappa Francesco gesagt, in vielen anderen Gemeinden schon längst umgesetzt. Es ist deshalb an der Zeit, das Angebot auch in Burgdorf anzubieten.

In der Detailberatung werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtratspräsident Ritter Michael teilt mit, dass die Vorlage dem fakultativen Referendum unterliegt.

Abstimmung

1. Die Änderungen des Reglements über das Bestattungswesen (BestR) und des Anhangs 1 werden genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug und der Inkraftsetzung beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

SRB: 2018-185 | Registratur-Nr. 1.10.1010.50

Altersvorsorge Stadt Burgdorf 2019

Verhandlung

Stadtratspräsident Ritter Michael stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass man an der Sitzung vom 26. April 2018 das Geschäft Altersvorsorge Stadt Burgdorf 2019 traktandiert hatte. Das Geschäft ist wohl eines der komplexesten, mit denen sich die GPK und der SR je auseinandergesetzt haben. Obschon damals schon zahlreiche Unterlagen vorgelegen sind, war der GPK nicht wohl. Zu viele offene Fragen haben sich noch gestellt. Aus diesem Grund hat die GPK das Geschäft zur Überarbeitung an den GR zurückgewiesen. Ob die GPK dies gekonnt hätte oder nicht, ist nicht klar, es war aber richtig. Im Laufe der nächsten Wochen konnten einige Fragen, auch unter Zuhilfenahme von externen Beratern, geklärt werden. Die Informationsveranstaltung vom 3. Mai 2018, an welcher eine Delegation der GPK zusammen mit dem GR und externen Beratern vorab nochmals Fragen besprechen konnte, hat weiter zur Klärung beigetragen. An der gemeinsamen Sitzung der GPK mit dem GR vom 8. Mai 2018 hat die GPK beschlossen, die Rückweisung des Geschäftes aufrechtzuerhalten, damit dem SR genügend Zeit bleibt, weitere Fragen zu stellen. Dies wurde an der Stadtratssitzung vom 14. Mai 2018 durch den GPK-Präsidenten so kommuniziert. Es sind darauf weitere Fragen eingegangen und die GPK hat sie abklären lassen und hat die Antworten gegeben. Nach Ansicht der GPK ist es heute dem SR mit gutem Gewissen möglich, das Geschäft zur Kenntnis zu nehmen. Es macht hier und jetzt keinen Sinn zu Detailfragen Stellung zu nehmen. Was der GPK aber in den letzten Wochen am häufigsten zugetragen worden ist, dass der Abschluss der PRE per 31. Dezember 2017 als Rechenbasis genommen wurde. Dies ist korrekt, da dies der letzte revidierte und somit sichere Abschluss ist. Selbstverständlich wird bis zum Zeitpunkt der Übernahme durch die neue Vorsorgeeinrichtung finanziell noch einiges passieren, in die eine oder in die andere Richtung. Dies wäre allerdings bei einem Beibehalten der PRE oder einer Übernahme durch irgendeine andere Vorsorgeeinrichtung auch so. Die Börsenzahlen sowie die Immobilienwerte verändern sich nicht aufgrund der Pensionskassensituation in Burgdorf. Was die Sache mit dem freiwilligen Übertragen der Kompetenz an den SR angeht, erwartet die GPK vom GR, die Revision der Gemeindeordnung rasch anzugehen, es gibt auch andere anzupassende Punkte, die nicht unwesentlich und seit längerem bekannt sind. Die GPK dankt allen Beteiligten für die enorme Arbeit in Zusammenarbeit bei diesem Geschäft. Man geht guten Gewissens davon aus, dass die Beiträge aus den Fraktionen nicht zu einer bedeutenden Verlängerung dieser Sitzung beitragen.

Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette informiert, dass Stadtpräsident Berger Stefan als Versicherter bei der PRE beim ganzen Prozess im Ausstand war. Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette hat das ganze Geschäft begleitet und vertritt den GR. Für die Altersvorsorge interessiert man sich normalerweise nicht bis kurz vor der Pensionierung. Das Geschäft ist kein Normalfall. Es ist eines der wichtigsten Geschäfte der laufenden Legislatur. Aufgrund des Spezialfalles hat am 3. Mai 2018 eine entsprechende Information stattgefunden. Es war auch Ziel des GR in der Legislaturplanung 2017 - 2020 die Altersvorsorge der Versicherten der Stadt Burgdorf langfristig zu sichern. Hintergrund war, dass der Umwandlungssatz bei der Pensionskasse gesenkt werden sollte. Ein sinkender Umwandlungssatz bedeutet sinkende Renten. Als Massnahmen hat sich der GR bei der Legislaturplanung überlegt, die Rentensenkung auf ein zumutbares Mass zu reduzieren und den

Anschluss an eine andere Pensionskasse zu prüfen. Im Juli 2017 hat der GR den Auftrag an die Paritätische Kommission Personal (PKP) gegeben, Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Normalerweise sitzt der Stadtpräsident Berger Stefan in der PKP. Der Prozess wurde von zwei externen Personen, Juristin Nobel-Zbinden Beatrice und Pensionskassenexperte Arnaiz Jose M., begleitet. Es haben 18 Sitzungen der PKP stattgefunden von jeweils rund drei Stunden Dauer. Es war ein langer, intensiver und arbeitsreicher Prozess. Der Schlussbericht wurde im März 2018 verabschiedet. Der Schlussbericht sowie die restlichen Dokumente sind in den Stadtratsunterlagen ersichtlich. Gestützt auf diese Unterlagen hat der GR zwei Entscheide gefällt. Der wegweisende Entscheid, Austritt aus der Pensionskasse PRE und Wechsel zu einer anderen Kasse, hat der GR im Dezember 2017 gefällt. Der Entscheid ist nicht leicht gefallen. Die Stadt Burgdorf war noch eine der grossen Arbeitgeber bei der PRE. Man war sich bewusst, wenn die Stadt Burgdorf oder die Localnet AG bei der PRE austreten, wird diese nicht überleben und muss liquidiert werden. Darum wurde der Entscheid gut überlegt gefällt. Der Entscheid wurde nicht gefällt, weil die PRE schlecht gearbeitet hat, sondern wegen der fehlenden Risikofähigkeit. Das Verhältnis zwischen Aktiven und Rentnern ist schlecht gewesen und nicht mehr besser zu erwarten. Der GR hat der PKP den Auftrag gegeben, eine nachhaltige Lösung zu erarbeiten. Man wollte nicht einen Entscheid für vier oder fünf Jahre fällen, sondern längerfristig. Der zweite Entscheid des GR wurde am 26. März 2018 gefällt und zwar, welcher Pensionskasse man sich anschliessen will, entweder der PVK Bern oder der SHP. Es gibt Vor- und Nachteile, die man abwägen musste. Der GR hat sich entschieden, dass es mehr Vorteile bei der SHP gibt. Die SHP ist die kostengünstigere Variante und hat ein besseres Verhältnis zwischen Rentnern und Aktiven. Zudem sind die technischen Parameter besser und es ist eine nachhaltige Lösung. Bei der SHP muss nicht befürchtet werden, dass es eine Nachschusspflicht gibt. Es handelt sich um keine Leistungsgarantie der Stadt Burgdorf. Das Personal hat bei einer internen Umfrage zwar die andere Kasse bevorzugt, weil sie kurzfristig höhere Leistungen gewährt hätte. Das Personal kann auch mit dieser Lösung leben. Die vorliegenden Berichte basieren auf den Abschlüssen per Ende 2017. Der Abschluss 2017 der PRE ist gut. Es sind genügend Mittel für den Wechsel vorhanden und deshalb muss der SR auch keinen Finanzkredit sprechen, sondern den Bericht zur Kenntnis nehmen. Es ist ein wichtiges Geschäft und nun kann der SR nicht entscheiden. Es ist verständlich, dass der SR ein bisschen enttäuscht ist. Dem GR war es jedoch wichtig, dass der ganze Prozess transparent vorliegt, die Entscheidungsgrundlage verstanden werden und auch nachvollziehbar sind. Deshalb war es auch okay, dem Wunsch der GPK Folge zu leisten und das Geschäft zu verschieben. Die Zahlen per Ende 2017 liegen vor, aber massgebend wird der Abschluss per Ende 2018 sein. Zwischen der Mai- und Junisitzung des SR ist einiges passiert. Die Localnet AG hat anfangs April ihren Anschluss an die PRE gekündigt. Die Localnet AG entscheidet diese Woche zu welcher Pensionskasse man wechseln wird. Die PRE hat das Liquidationsverfahren gestartet und die Anschlussvereinbarung mit der SHP hat der GR am 6. Juni 2018 unterzeichnet. Die Anschlussvereinbarung ist ebenfalls in den Unterlagen aufgeschaltet. Ein Dank für die grossartige Arbeit geht an die Experten Nobel-Zbinden Beatrice und Arnaiz Jose M., Stadtschreiber Schenk Roman und die Mitglieder der PKP. Der GR hofft, dass alle Fragen nun beantwortet sind. Es ist eine gute Lösung. Der SR wird gebeten, dem Antrag zuzustimmen.

Stadtrat Meier Marcel, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, wer sich durch die Unterlagen gewälzt hat, hat gemerkt, dass es sich die Stadt Burgdorf auf der Suche nach einer neuen Pensionskasse nicht einfach gemacht hat. Mit einer Paritätischen Kommission Personal, professioneller externen Beratung und dem Einbezug der Angestellten hat sich der GR für den Anschluss an die SHP entschieden. Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, dass dies unter den gegebenen Umständen und dem heutigen Kenntnisstand der richtige Entscheid war. Die Argumente des GR für die SHP gegen die PVK Bern sind auf der Seite 5 der Stadtratsvorlage aufgelistet. Diese sind nachvollziehbar und stichhaltig. Zwar hätten sich die Angestellten der Stadt Burgdorf eher zur PVK Bern herangezogen gefühlt. Matchentscheidend muss jedoch der Blick in die Zukunft sein. Dabei teilt die SVP-Fraktion die Beurteilung des GR, die deutlich höhere Risikofähigkeit der SHP und ihre vergleichsweise tiefen Rentneranteile sind gute Voraussetzungen, dass die Renten der städtischen Angestellten in der weiteren Zukunft bestmöglich gesichert sind. Das ist letztendlich auch im ureigenen Interesse der Arbeitnehmer. Dass die neue Pensionskasse in Zürich ist und nicht in der Nähe sowie die Stadt Burgdorf das Mitspracherecht verliert, schleckt keine Geiss weg, ist aber nicht zu ändern. Auch beim Anschluss an eine andere Pensionskasse wäre die Einflussnahme der Stadt Burgdorf weggefallen oder deutlich vermindert worden, weil man nur noch einer von vielen Versicherten ist. Bei diesem Geschäft hat die Frage nach den Kosten beim Wechsel für die Stadt Burgdorf und in diesem Zusammenhang auch die Zuständigkeit viel zu reden

gegeben. Stadtrat Gerber Thomas als Sprecher der GPK hat dazu bereits viel gesagt. Die SVP-Fraktion kann sich diesem Votum vollumfänglich anschliessen. Letztlich war es das AGR, das gesagt hat, dass nach den rechtlichen Abklärungen der GR zuständig ist. Der Entscheid ist richtig und nicht weiter zu hinterfragen. Sind wir ehrlich, wenn der SR mit den vorliegenden Unterlagen über das Geschäft hätte entscheiden müssen, hätte man nicht anders entschieden. Aus der Bevölkerung hat es besorgte Stimmen gegeben betreffend der Liegenschaften, die der PRE gehören. Mieter haben Ängste geäussert vor dem Verlust der Wohnung oder höheren Zinsen. Andere befürchten, dass die gut rentierenden Objekte irgendwohin veräussert werden. Es ist wichtig festzuhalten, dass die Liegenschaften der PRE gehören und nicht der Stadt Burgdorf. Die Liquidation der PRE wurde bereits in die Wege geleitet. Es kommt so oder so zu einem Eigentümerwechsel. Das vorliegende Geschäft hat keinen Einfluss, ob und an wen die Liegenschaften veräussert werden. Über dieses Thema müsste man sich allenfalls in einem anderen Rahmen unterhalten. Die SVP-Fraktion dankt dem GR und allen involvierten Akteuren für die gründliche und seriöse Ausarbeitung des Pensionskassenwechsels. Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht befriedigend zur Kenntnis und wünscht der Stadt Burgdorf, vor allem den Angestellten, das Beste für ihre Altersvorsorge und eine gesicherte Rente.

Stadtrat Biedermann Peter, namens der SP-Fraktion, orientiert, dass die Vorlage viel zu reden gab. Weniger das Vorhaben an sich, sondern vielmehr die Tatsache, dass es für den SR nur um eine Kenntnisnahme geht, obwohl es zum Schluss durchaus zu erheblichen Kosten kommen könnte. Die SP-Fraktion hat sich bereits an der Fraktionssitzung vom Mai eingehend mit dem Geschäft beschäftigt und diskutiert. Grosse Fragen oder Unklarheiten gab es keine mehr. Sicher auch deshalb, weil mit der sehr guten Präsentation von Gemeinderat Rappa Francesco im Schützenhaus, an der 9 von 12 SP-Stadratsmitglieder teilgenommen haben, die Ausgangslage und Risiken sachlich dargestellt wurden. Die restlichen Fragen konnten Stadtpräsident Berger Stefan und Gemeinderätin Wisler Annette an der Fraktionssitzung beantworten. Der Wechsel zu einer grossen Kasse scheint aufgrund der Risiken sehr sinnvoll. Wie wir an der Präsentation im Schützenhaus aus dem Votum von Brechbühl Georg entnehmen konnten, ist auch das Personal mit dieser Lösung zufrieden oder kann damit leben. Für die SP-Fraktion ist dies ein wesentlicher Teil einer guten Lösung. Ein bisschen Wehmut ist dabei, wenn man eine regionale BVG-Lösung zugunsten einer grossen Lösung aufgeben muss. Die SP-Fraktion wird den Bericht zur Kenntnis nehmen. Ein Dank geht an alle Beteiligten.

Stadtrat Aebi Roger, namens der BDP-Fraktion, informiert, dass der SR zu diesem Geschäft nichts sagen kann und darum auch keine Verantwortung übernehmen kann. Stadtrat Gerber Thomas hat dies beim AGR eingehend abgeklärt. Die BDP-Fraktion bedauert dies. Im Nachhinein möchte man sich dazu jedoch äussern. Der Pensionskassenwechsel ist für die Angestellten der Stadt Burgdorf ein Glücksfall. Durch höhere Beiträge und grosszügige Abfederungsmassnahmen kommen die Angestellten in den Genuss von höheren Renten, als das nach der Senkung des Umwandlungssatzes der Fall gewesen wäre. Über dem ganzen Geschäft hängt jedoch das Damoklesschwert. Der GR hat in seinem Bericht selber festgestellt, dass der Wechsel mit einem hohen Risiko verbunden ist. Die Kosten sind der nicht beeinflussbaren Entwicklung der Finanzmärkte abhängig. Die Stadt Burgdorf muss bei einer negativen Entwicklung der Finanzmärkte im Worstcase die 4.9 Mio. Franken plus die 1 Mio. Franken pro Deckungsdifferenz für die Altersvorsorge aufwenden. Das kann für die Stadt Burgdorf teuer werden. Im Jahr 2016 wären dies gemäss Bericht an den SR nicht weniger als 5.5 Mio. Franken gewesen. Um die Risiken eines solchen Geschäftes zu minimieren, hätte man sich vorstellen können, zuerst die Liquidation der PRE zu vollziehen und erst anschliessend mit dem übrig gebliebenen Geld über die Abfederungsmassnahmen oder weitere Massnahmen zu diskutieren. Die BDP-Fraktion erwartet, dass die Beitragserhöhung von rund Fr. 275'000.-- mit der automatischen Lohnerhöhung von 1.5% im Budget 2019 kompensiert wird. Man hofft für den GR, dass die Rechnung aufgeht und der Wechsel wie gefordert kostenneutral abgewickelt werden kann. Der Steuerzahler wird danken. Die BDP-Fraktion stellt die Unabhängigkeit von Muralt Christoph als Stiftungsrat der PRE in Frage, weil sein Vorgesetzter Hofer Peter Geschäftsleiter der PRE ist. Die BDP-Fraktion dankt für den Bericht, die Informationsanlässe und für die grosse geleistete Arbeit in Zusammenhang mit dem Pensionskassenwechsel.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, ist überzeugt, mit der SHP eine gute Lösung gewählt zu haben. Trotzdem werden ein paar grundsätzliche Bemerkungen gemacht. Wenn man schon das Personal fragt und sich dann dagegen entscheidet, müsste man Wege finden, um das Personal ins

Boot zu holen. Dies ist im Moment nicht der Fall. Es gibt zwar die Aussage anlässlich der Informationsveranstaltung, bei der gesagt wurde, dass das Personal damit leben kann. Das ist nicht unbedingt eine fundierte Aussage. Man weiss nicht, ob es für das ganze Personal spricht. Das Vorgehen ist deshalb nicht ganz optimal. Eine der wichtigen Fragen bei diesem Geschäft war, wer ist zuständig. Wer zuständig ist, hat auch die Kompetenzen darüber abzustimmen und muss schlussendlich die Verantwortung tragen. Das ist der GR. Die GLP-Fraktion kann damit leben. Es ist aber befremdend, wenn wir eine Information quasi zur Kenntnis nehmen und abstimmen sollen. Das ist nicht nötig, man hätte den SR auch einfach über die Entscheidung des GR informieren können. Die GLP-Fraktion wird sich der Stimme enthalten.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man sich bewusst ist, dass bei einem Kassenwechsel die verschiedenen Interessen abzuwägen sind, eine komplexe Angelegenheit darstellt. Für die vorliegende Lösung wurde sehr aufwendig und seriös gearbeitet. Es gibt jedoch formelle Kritik. Dass die Gunst der Stunde eines Überschusses an einem zufälligen Stichtag genutzt wird und der SR draussen vor der Türe stehen lässt, ist nicht nett. Das hat mit Enttäuschung nichts zu tun, man hat ein anderes Demokratieverständnis. Wenn man sich vor Augen führt, wie man das bereits mehrfach gehört hat, was die Unsicherheit von der Höhe der Liquidationskosten, der Börsengang und die Abfederungskosten von 3 Mio. Franken betreffen, kann das Geschäft der Altersvorsorge rasch Abweichungen von mehreren Millionen Franken aufweisen. Es war bereits im März erkennbar, wie aus den Unterlagen hervorging, dass ein Zufallswert von einem Minus von 2.5 Mio. Franken ausgewiesen wird. Beim Stichtag von heute hätte man ein noch grösseres Minus zu verkraften. Aus diesem Grund ist unverständlich, dass den 47- bis 64-Jährigen bereits ein finanziertes Abfederungsmodell garantiert wird, bevor man die tatsächlichen Kosten und Gegebenheiten per Ende 2018 kennt. Es stellt sich schon die Frage, wer schlussendlich die Verantwortung trägt. Uns wäre es in der Haut des GR nicht wohl. Es wurde mehrfach erwähnt, dass die Finanzkompetenz zufälligerweise in den Händen des GR liegt. Es ist aber schon bedenklich, wenn Freiwilligkeit scheinbar eine gesetzliche Grundordnung braucht.

Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette teilt mit, dass die Zuständigkeiten auch dem GR grosses Kopfzerbrechen bereitet hat. Der GR ist davon ausgegangen, dass der SR zwischen den beiden Kassen entscheiden kann. Der GR ist überzeugt, wie bereits vom SVP-Sprecher festgehalten, dass der SR wie der GR entschieden hätte. Die Grundlagen der Geschäftsordnung sind anders. Wie bereits gesagt, kann die GO revidiert werden. Es wäre falsch gewesen, wenn wir es freiwillig vorgelegt hätten. Es bestand das Risiko, dass der Entscheid des SR angefochten würde. Der GR hat es sich gut überlegt. Man ist auch froh, hat die GPK dies auch noch abgeklärt. Es ist verständlich, dass man es politisch nicht als korrekt empfindet. Da müsste man die Grundordnung entsprechend anpassen. Die Abfederung ist bei öffentlichen Kassen üblich. Beim Bundespersonal und anderen Kassen wurde dies diskutiert. Es war ursprünglich vorgesehen für alle Abfederungsmassnahmen vorzusehen. Man hat jedoch eine Kompromisslösung gefunden. Dies ist finanziell vertretbar. Als dies beschlossen wurde, war man der Meinung, dass der Beschluss im SR erfolgen muss. Man hat eine Lösung gefunden, bei der auch das ältere Personal Haare lassen muss. Diese Lösung ist für das Personal zumutbar. Die älteren Personen sehen das zwar nicht so. Was wäre gewesen, wenn man keine Abfederung vorgesehen hätte? Hätten sich alle, die in den nächsten drei Jahren pensioniert worden wären, und das sind viele, vor allem auch in Kaderpositionen, Ende Jahr pensionieren lassen, wäre viel Know-how verloren gegangen. Es kann nicht sein, dass man die Leute zur Pensionierung drängt. Finanziell ist die Lösung tragbar. Auf die Börse haben wir nicht gross Einfluss. Die Liegenschaften der PRE waren ebenfalls ein Diskussionsthema. Rund ein Drittel vom Vermögen sind Liegenschaften. Die Liegenschaften sind gefragt. Die PRE hat den Auftrag, die Liegenschaften zu einem guten Preis zu veräussern. Für die Stadt Burgdorf wären gewisse Liegenschaften interessant, aber das ist nicht das oberste Ziel. Der Auftrag der PRE ist es, die Liegenschaften den Meistbietenden zu verkaufen. Man ist zuversichtlich, dass die Zahlen in den Büchern eher übertroffen werden. Der GR hat nicht das Gefühl einer Fahrt ins Ungewisse. Es ist ein gewisses Risiko da, aber dank den Liegenschaften hat der GR ein gutes Gefühl.

Stadtrat Käsermann Fabian informiert, dass die Gemeindeordnung angesprochen wurde. Der GR wird darauf hingewiesen, dass gemäss Artikel 56 ein Nachkredit über Fr. 300'000.-- im Amtsanzeiger publiziert werden muss.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, vom Bericht Altersvorsorge 2019 der Stadt Burgdorf Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 31 Ja Stimmen bei 8 Enthaltungen den Antrag.

SRB: 2018-186 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

Überparteilicher Auftrag BDP/SVP/EDU betreffend kostenneutraler Ausstieg aus der Personalvorsorgestiftung Region Emmental (PRE)

Verhandlung

Stadtratspräsident Ritter Michael informiert, dass der GR Nichteintreten beantragt. Deshalb wird zuerst die Eintretensdebatte geführt und darüber abgestimmt. Falls Eintreten beschlossen wird, erfolgt die inhaltliche Debatte danach.

Seitens der GPK erfolgen keine Bemerkungen.

Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette teilt mit, dass alles Wesentliche vorliegt. Der GR beantragt aus formellen Gründen Nichteintreten.

Seitens des SR erfolgen keine Bemerkungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat muss aus formellen Gründen dem Stadtrat Nichteintreten beantragen.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 38 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung den Antrag.

SRB: 2018-187 | Registratur-Nr. 1.10.1000.90

Geschäftsbericht 2017

Verhandlung

Stadtratspräsident Ritter Michael stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass die GPK bereits am 8. Mai 2018 im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung mit dem GR den Geschäftsbericht behandelt hat. Als Auskunftspersonen standen Stadtpräsident Berger Stefan, sämtliche Mitglieder des GR und seitens der Verwaltung Stadtschreiber Schenk Roman zur Verfügung. Wie gewohnt wurden die kritischen Fragen der GPK kompetent beantwortet. Das frühzeitige Ansetzen der Sitzung hat Früchte getragen. Die GPK geht deshalb davon aus, dass in den Fraktionen nicht mehr viel Korrekturpotenzial gefunden wurde. Dem GR, der Verwaltung und der GPK sei Dank. Der Geschäftsbericht 2017 wurde zum zweiten Mal nach HRM2 erstellt. Somit konnten erstmals auch zahlenmässige Vergleiche mit dem Vorjahr gemacht werden. Struktur und Aufbau des Geschäftsberichtes sind allseits bekannt. Allfällige Anpassungen wurden in der NPM-Kommission diskutiert und werden im nächsten Geschäftsbericht eingebunden. Die Übersichtlichkeit, der Informationsgehalt und die Darstellung sind gut. Der erreichte Standard hat im zwölften Jahr ein sehr gutes Niveau erreicht und bietet der Leserschaft mit erträglichem Zeitaufwand interessante Informationen zu unserer Stadt über das vergangene Jahr. Die GPK dankt allen Beteiligten für die geleistete Arbeit. Gemäss Artikel 121 der Kantonalen Gemeindeverordnung hat die Gemeinde ein Organ einzusetzen, das die Ergebnisse der Leistungs- und Wirkungsmessung nach NPM überprüft.

In der Stadt Burgdorf ist diese Aufgabe mit Artikel 36 Absatz 4 im Stadtratsreglement der GPK übertragen. Hauptaufgabe dabei ist es, jährlich die Berichterstattung über die Zielerreichung zu prüfen und den SR über das Prüfergebnis zu informieren. Die GPK überprüfte im Rahmen der Ergebnisprüfung die Leistungs- und Wirkungsmessung sowie die wirkungsorientierte Verwaltungsführung. Es handelt sich dabei um eine Nachprüfung von abgeschlossenen Vorgängen. Es geht darum, zu prüfen, ob die Daten über die Standards und Indikatoren richtig erhoben, zusammengestellt, ausgewertet und kommentiert werden. Die Ergebnisse der GPK werden anschliessend in einem Bericht zusammengefasst. Zusätzlich zur standardisierten Überprüfung hat die GPK auch die Umsetzung der bisherigen Empfehlungen überprüft. Die Ergebnisprüfung erfolgte am 17. Mai 2018 in einer ganztägigen Veranstaltung. Die GPK hat wiederum drei Prüfteams gebildet und insgesamt sechs Produktgruppen in vier Verwaltungsabteilungen unter Beizug von Auskunftspersonen der Stadtverwaltung überprüft. Die Gespräche verliefen konstruktiv und in einem offenen Rahmen. Die GPK dankt der Verwaltung und den Auskunftspersonen für ihre Kooperationsbereitschaft. Da aus einer Produktgruppe noch Unterlagen nachgeliefert werden mussten, wurden zwar die Ergebnisse protokollarisch festgehalten und in der Gesamtkommission erläutert, sind aber noch nicht vollständig. Deshalb wird die Ergebnisprüfung in der nächsten Stadtratssitzung als gesonderter Punkt traktandiert. Trotzdem kann aber die GPK guten Gewissens bestätigen, dass der Geschäftsbericht aussagekräftig und richtig ist. Die GPK verzichtet darauf, die Jahresrechnung im Detail zu erläutern. Die zuständige Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice wird diese Aufgabe sicherlich übernehmen. Grundsätzlich präsentiert sich die Jahresrechnung ordentlich. Sie schliesst in der Erfolgsrechnung mit einem Überschuss von gut 2 Mio. Franken ab. Das Budget war mehr oder weniger ausgeglichen. Zusätzlich konnten zirka 4.3 Mio. Franken in die Spezialfinanzierung Schulanlagen und Verwaltungsgebäude verbucht werden. Aus der Bilanz ist ersichtlich, dass das Eigenkapital um über 3 Mio. auf knapp 91 Mio. Franken zugenommen hat, was ebenfalls gut ist. Betrachtet man die Geldflussrechnung, so sieht ein betrieblicher Cashflow von zirka 4.2 Mio. Franken zwar auf den ersten Blick gut aus. Die positive Zahl resultiert aber insbesondere aus der Erhöhung von Forderungen, zirka 1.2 Mio. Franken, sowie aus der Nettoentnahme aus dem Eigenkapital, zirka 2.9 Mio. Franken. Im Tagesgeschäft geht es liquiditätsmässig in etwa auf. Zudem besteht bei einem Schuldenbestand, respektive vielleicht besser ausgedrückt als Fremdkapital, von gut 119 Mio. Franken, immerhin 1 Mio. Franken weniger als im Vorjahr, wahrlich kein Grund zur Euphorie. Der Selbstfinanzierungsanteil für Investitionsausgaben ist nach wie vor sehr gering. Dazu kommt, dass nach HRM2 sämtliche aktivierte Positionen abgeschrieben werden müssen, was künftige Erfolgsrechnungen weiter belasten wird. Auch die Zuverlässigkeit, respektive eben die fehlende Zuverlässigkeit betreffend kantonalen Abgaben und kantonalem Lastenausgleich erschwert die seriöse Finanzplanung auf Stufe Gemeinde. Die GPK empfiehlt dem SR einstimmig, die Beschlussanträge des GR und somit den Geschäftsbericht 2017 zu genehmigen.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice dankt den Mitarbeitenden der Finanzdirektion für die Rechnungsführung, aber auch allen Direktionen, die mithelfen, dass am Schluss alles stimmt. Ein grosser Dank geht auch an die GPK. Es ist nicht selbstverständlich, dass man eine solche konstruktive, aber auch kritische Zusammenarbeit pflegt. Man sagt immer, es sei gut, ein Vier-Augen-Prinzip anzuwenden. Zum Glück sind es bei uns viel mehr Augen. Es handelt sich um den 12. Geschäftsbericht und letzten in dieser Form. Die Arbeitsgruppe NPM und der SR haben im März 2018 eine neue, moderne und schlankere Form beschlossen. Es ist der zweite Abschluss unter HRM2. Aus diesem Grund sind auch noch gewisse Spalten leer, weil die Vergleichbarkeit fehlt. Grundsätzlich kann man festhalten, dass bereits ein effizienterer Prozess durch die letztjährigen Erfahrungen auszumachen ist. Trotzdem sind immer wieder neue Fragen und Geschäftsfelder aufgetaucht, die man abklären musste. Der Geschäftsbericht muss mehrere Anforderungen des Controllings erfüllen, unter anderem die Vorgaben nach HRM2 durch den Kanton, die Revisionsvorgaben, die Stadtratsvorgaben und Vergleichbarkeit mit dem Budget. Deshalb sind Kompromisse nötig. Unter NPM sind nicht nur die Rechnung, sondern auch die Wirkungs- und Leistungsziele von Bedeutung. Der Legislaturplanung und deren Umsetzung sowie der Zielerreichung kommen ein grosses Gewicht zu. Die Angaben dazu sind auf der Seite 6 mit den Zielen der Legislaturplanung ersichtlich. Auf den Seiten 15 bis 30 ist der Stand der Legislaturzielerreichung ersichtlich. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der GR dynamisch unterwegs zur Zielerreichung ist. Dynamisch deshalb, weil viele Aktivitäten in einer grossen Abhängigkeit stehen und laufend viel Dynamik erfordern. Auf den Seiten 7 bis 14 wird die Arbeit des SR eindrücklich wiedergegeben. Das hat zwar nichts mit der Rechnung zu tun, aber diese Arbeit muss man auch rühmen und schätzen. Der Jahresabschluss im Detail ist auf der Seite 31 bis 82 ersichtlich. Der

Gewinn beträgt Fr. 4'345'387.40. Der Gewinn kann nun wie am 14. Mai 2018 vom GR im SR vorgeschlagen, gemäss Reglement Spezialfinanzierung Vorfinanzierung Schulanlagen und Verwaltungsgebäuden gutgeschrieben werden. Die Eckdaten des Jahresabschlusses sind auf der Seite 38 ersichtlich. Das Umsatzvolumen beträgt rund 100 Mio. Franken. Rund zwei Drittel davon, 67 Mio. Franken, sind gebundene Ausgaben. Die budgetierten Nettoinvestitionen betragen 9.6 Mio. Franken. Bei einem Selbstfinanzierungsanteil von 50% hätte dies 5.4 Mio. Franken bedeutet. Wirklich ausgeführt wurden 4.6 Mio. Franken. Davon sind 3.8 Mio. Franken in den Allgemeinen Haushalt und 0.8 Mio. Franken in Spezialfinanzierungen investiert worden. Somit konnte die Selbstfinanzierung von 50% gut eingehalten werden. Dies ergibt einen Selbstfinanzierungsgrad von 136%. Die Aussage, es wurde zu wenig investiert, ist nicht ganz korrekt. Das Nettoinvestitionsvolumen richtet sich nicht immer nach den finanziellen Möglichkeiten. Man ist sich bewusst, dass die Stadt Burgdorf einen hohen Investitionsbedarf aufweist, aber man muss alles bezahlen können. Die Schulden betragen im Moment 104.5 Mio. Franken. Die Schulden sind um 0.5 Mio. Franken gesunken. Die durchschnittliche Nettozinsbelastung beträgt 1.3%. Das ist natürlich eine fantastische Situation, aber wir müssen unsere Finanzen gut im Auge behalten. Die Nettoschuld pro Einwohner liegt im Moment bei Fr. 1'044.--. In der Legislaturplanung ist die magische Zahl von Fr. 1'300.-- aufgeführt. Gemäss Information des Kantons Bern ist eine Nettoschuld von Fr. 2'500.-- pro Einwohner im grünen Bereich. Wie bereits erwähnt, konnten im 2017 0.5 Mio. Franken Schulden abgebaut werden. Wie der Ertragsüberschuss von 4.3 Mio. Franken verbucht wird, spielt für den Schuldenbestand keine Rolle. Wie man Schulden tilgt, ist im Cash flow auf der Seite 56 ersichtlich. Die Liquidität muss vorhanden sein, sonst müsste man sich neu verschulden. Die Verpflichtungskredite sind auf der Seite 46 aufgeführt. Unter der Ziffer 201 sind die kurzfristigen Verbindlichkeiten und unter der Ziffer 206 die langfristigen Verbindlichkeiten aufgeführt. Wenn die beiden Ziffern in der ersten und letzten Zeile verglichen werden, ist ersichtlich wie der Schuldenabbau stattgefunden hat. Die Verpflichtungskredite sind so gestaltet, dass sie laufend erneuert werden können. Dort können die Schulden reduziert werden indem etwas abbezahlt wird. Wir haben im Moment Tranchen von 5 bis 10 Mio. Franken pro Jahr gebildet. Damit wird verhindert, dass ein grosses Klumpen Risiko besteht. Das Eigenkapital beläuft sich auf 90.9 Mio. Franken und konnte zum Jahr 2016 um 2.3 Mio. Franken erhöht werden. Die weiteren Finanzkennzahlen sind auf der Seite 58 ersichtlich. Im Geschäftsbericht ab der Seite 81 sind die Details der einzelnen Direktionen mit den Begründungen zu den Wirkungs- und Leistungszielerfüllungen sowie die Begründungen zu den Kostenunterschreitungen und Kostenüberschreitungen. Die Anträge des GR sind auf der Seite 268 zu finden. Bei den Anträgen 1 und 2 sind die Nachkredite und Kreditüberschreitungen zur Kenntnis zu nehmen und zu genehmigen. Die Begründungen zu den Nachkrediten und Kreditüberschreitungen sind auf der Seite 80 ersichtlich und betreffen die Produktgruppen 13 und 37. Die Nachkredite sind in der Kompetenz des GR. Der GR beantragt dem SR, die Rechnung und die Einlage in die Spezialfinanzierung Schulanlage und Verwaltungsgebäuden zu genehmigen.

Stadtratspräsident Ritter Michael informiert über den Ablauf. Zuerst erfolgt die Grundsatzdiskussion und im Anschluss die Detailberatung, die kapitelweise erfolgt.

Stadträtin de Quervain Anna, namens der Grünen-Fraktion, dankt der Verwaltung für die Erarbeitung des Geschäftsberichtes 2017. Der Bericht wurde eingehend studiert und man hat viel Spannendes über Burgdorf erfahren. Ein paar Fragen konnten bereits im Vorfeld der Sitzung geklärt werden oder werden im Verlauf der Sitzung noch gestellt. Alles in allem ist die Grünen-Fraktion sehr zufrieden mit dem Geschäftsbericht und wird den Anträgen des GR zustimmen.

Stadtrat von Arb Peter, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass der Geschäftsbericht intensiv gelesen und besprochen wurde. Die SP-Fraktion dankt dem GR und der Verwaltung für den wiederum umfangreichen Geschäftsbericht 2017. Man hat festgestellt, dass Burgdorf mit einem grossen Plus abgeschlossen hat. Das ist sehr erfreulich. Die 3.4 Mio. Franken werden in die Spezialfinanzierung übertragen, was eine gute Sache ist. Der SP-Fraktion ist aufgefallen, dass der Bruttoverschuldungsanteil immer noch ziemlich hoch ist und zwar bei 115.9%. Der Selbstfinanzierungsgrad ist vom letzten auf das laufende Jahr um 110% gestiegen. Daher können Investitionen in einem gewissen Rahmen getätigt werden ohne neue Schulden zu machen. Jedoch ist der Selbstfinanzierungsanteil eher tief, und zwar bei 6.5%. Im Geschäftsbericht hat der GR die Ausarbeitung der Legislaturziele 2017 bis 2020 mit den politischen Zielen und Leitplanken für die kommenden Jahre definiert. Die SP-Fraktion unterstützt diese Ziele. Es gibt zwei bis drei Ziele, die der

SP-Fraktion sehr wichtig sind. Die Reihenfolge hat nichts mit einer Priorisierung zu tun und ist lediglich ein Auszug sowie nicht abschliessend. Die Bedürfnisse von Migrantinnen und Migranten sind erkannt und die Integration wird unterstützt. Der Austausch der Akteure im Gebiet der Migration und Integration ist institutionalisiert. In der letzten Woche beim Forumsgespräch wurde dies sehr eindrücklich vermittelt. Wichtig ist auch, dass Burgdorf weiterhin eine Bildungsstadt bleibt. Bildung ist unser Rohstoff, zu dem Sorge getragen werden muss. Kinder und Jugendliche sind in die Entwicklung einzubeziehen, aber auch die Bedürfnisse von älteren Leuten und Generationen müssen erkannt und ernst genommen werden. Ein ganz wichtiger Punkt ist die Frühförderung. Die Frühförderung sollte in Burgdorf eingeführt werden. Ein entsprechender Antrag wurde eingereicht. Wichtig ist auch, dass die Volksschule für die kommenden Herausforderungen gerüstet ist. Auch zu diesem Thema ist ein überparteilicher Auftrag zum Reglement eingereicht worden. Die Finanzlage muss weiter stabilisiert werden. Die SP-Fraktion möchte den Energierichtplan auch weiterhin entsprechend begleiten und überwachen, damit die Ziele eingeführt und umgesetzt werden. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die zukünftige Entwicklung des Wohn- und Arbeitsraumes in den nächsten Jahren. Die SP-Fraktion hat eine Initiative lanciert, bei der genügend Unterschriften eingeholt werden konnten. Die SP-Fraktion ist überzeugt, im Bereich Wohnen einen guten Beitrag leisten zu können. Für Sportaktivitäten müssen geeignete Sportstätten unterstützt werden. Der GR schlägt vor, ein Gemeindesportanlagenkonzept zu erarbeiten. Die NPM-Kommission hat zur Form des Geschäftsberichtes Vorschläge unterbreitet. Die SP-Fraktion freut sich bereits jetzt auf die nächsten zusammenfassenden Berichte, die einerseits bei der Budgetvorlage 2019 oder dem Geschäftsbericht 2018 umgesetzt werden sollten. Die SP-Fraktion dankt dem GR und der Verwaltung für die grosse Arbeit. Allfällige Detailpunkte werden in der Detailberatung vorgebracht.

Stadtrat Beck Daniel, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass man sich mit dem Geschäftsbericht intensiv auseinandergesetzt hat. Dabei hat sich besonders die Rechnung nach HRM2 als komplex und zeitintensiv erwiesen. Die SVP-Fraktion ist gespannt, wie sich der nächste Geschäftsbericht nach den Umsetzungen der Empfehlungen der NPM-Kommission im neuen Layout präsentieren wird. An dieser Stelle dankt die SVP-Fraktion dem GR und der Verwaltung für die Erstellung des wiederum umfangreichen, aber auch informativen Geschäftsberichtes. Erfreut kann man zur Kenntnis nehmen, dass das Jahresergebnis zum wiederholten Mal im Plus und auch besser als budgetiert abschliesst. Auf die unschöneren Fakten, die bereits der Präsident der GPK ausführlich erläutert hat, wird nicht mehr eingegangen. Die SVP-Fraktion wird den Anträgen des GR geschlossen zustimmen.

Stadtrat Gnehm Urs, namens der BDP-Fraktion, teilt mit, dass man sich intensiv mit dem Geschäftsbericht beschäftigt hat. In über 250 Seiten steht viel Interessantes und auch Spannendes zum Lesen. Es hat auch eine erfreuliche Geschichte im Geschäftsbericht. Insbesondere das finanzielle Ergebnis der Stadt Burgdorf ist sehr positiv ausgefallen. Es ist trotzdem noch nicht alles rosig. Die BDP-Fraktion bedankt sich für die umfassende Berichterstattung und das detaillierte Reporting. Der Dank gilt nicht nur dem GR, sondern auch den Mitarbeitenden der Verwaltung, die sich Tag für Tag zum Wohl von Burgdorf einsetzen. Die BDP-Fraktion wird die Anträge des GR einstimmig unterstützen.

Stadträtin Fankhauser Karin, namens der FDP-Fraktion, informiert, dass man den Geschäftsbericht diskutiert hat. Die FDP-Fraktion dankt der Finanzdirektion und allen Beteiligten für die Ausarbeitung des Geschäftsberichtes. Der Geschäftsbericht ist sehr übersichtlich, informativ und umfangreich. Die FDP-Fraktion geht davon aus, dass über die Anträge in globo abgestimmt wird. Die FDP-Fraktion möchte jedoch, dass über die Anträge 1 bis 3 gemeinsam und über den Antrag 4 separat abgestimmt wird. Die FDP-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass die Zweckbindung der Gelder nicht zielführend und die Spezialfinanzierung für Gebäudesanierungen nicht sinnvoll ist. Man würde lieber selber entscheiden, was mit allfälligen Überschüssen gemacht wird.

Stadtratspräsident Ritter Michael teilt mit, dass der Wunsch betreffend Abstimmung der Anträge kein Problem ist. Jedes Ratsmitglied kann verlangen, dass einzeln abgestimmt wird.

Stadtrat Thompson Ian, namens der GLP-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für den ausführlichen Geschäftsbericht. Die GLP-Fraktion wird den Anträgen des GR zustimmen. Es ist wichtig, dass wir in Zukunft die Budgetierung immer langfristig planen. Die GLP-Fraktion freut sich weiterhin auf gute Zusammenarbeit in Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht.

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea, namens der EVP, dankt dem GR und der Verwaltung für den Geschäftsbericht. Die EVP wird den Anträgen des GR zustimmen. Begrüsst wird insbesondere die Einlage in die Spezialfinanzierung Schulanlagen und Verwaltungsgebäuden.

D e t a i l b e r a t u n g

(Seiten bzw. Produktgruppen ohne Bemerkungen werden nicht aufgeführt.)

Jahresrechnung 2017 nach HRM2 / Seite 31 bis 81

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, möchte wissen, ob das Darlehen an die Markthalle von 5 Mio. Franken aufgestockt wurde um Fr. 200'000.--. Wenn ja, was waren die Gründe dafür?

Stadtpäsident Berger Stefan teilt mit, dass es sich um ein Darlehen für die Anschubfinanzierung handelt, damit die Markthalle handlungsfähig ist. Das Darlehen wird aufgerechnet und irgendwann zurückbezahlt.

Stadtratspräsident Ritter Michael bittet die Mitglieder des SR jeweils die Seitenzahl zu nennen, sonst wird es mühsam für die, die antworten müssen.

Stadträtin Cottier-Rupp Franziska hat eine Verständnisfrage auf der Seite 75 betreffend der Verpflichtungskreditkontrolle für Investitionen. Bei der Kreditkontrolle ganz allgemein sind die kumulierten Ausgaben und die kumulierten Einnahmen per 31. Dezember 2017 sowie der Saldo aufgeführt. Die kumulierten Einnahmen sind im Saldo nicht aufgeführt. Wo erscheinen die kumulierten Einnahmen? Als Beispiel die Konto-Nr. 2320.5010.03 betreffend Vorprojekt Umgestaltung Bahnhof Steinhof. Die Investitionen betragen Fr. 46'427.50, die kumulierten Ausgaben Fr. 46'427.50, die kumulierten Einnahmen Fr. 23'571.50 und der Saldo Fr. -427.50.

Muralt Christoph, Leiter Finanzen, teilt mit, dass der Kredit brutto genehmigt werden muss. Deshalb wird hier dargestellt, wie viel vom Bruttokredit noch übrig ist. Das entspricht auch den Vorgaben des Kantons. Die Bruttoausgaben werden am Schluss mit dem Bruttokredit abgerechnet. Die Einnahmen werden ebenfalls abgerechnet.

Sozialdirektion / Seite 206 bis 233

Stadträtin Meier Christine teilt mit, dass auf den Seiten 210 und 211 vom Projekt Treffpunkt für Randständige die Rede ist. Das Projekt ist aufgrund der Sparmassnahmen des Kantons bis Ende 2018 befristet. Konnte eine entsprechende Anschlusslösung gefunden werden?

Gemeinderätin Gübeli Charlotte teilt mit, dass bis jetzt keine Anschlusslösung gefunden werden konnte. Man ist jedoch im Gespräch mit Contact Mobil. Sie werden eine entsprechende Offerte unterbreiten, wenn man in Zukunft die gleichen Leistungen beansprucht. Die Offerte liegt noch nicht vor. Sobald die Offerte vorliegt, wird sich der GR damit befassen. In Zukunft muss mindestens eine Betreuung weiterhin möglich sein. In der Bevölkerung ist es gut angekommen und man hatte viel weniger negative Rückmeldungen, seit Contact Mobil vor Ort ist und die Personen betreut.

Finanzdirektion / Seite 234 bis 243

Stadtrat Poopalapillai Mathuran hat eine Frage auf der Seite 240 zum Kapitel Saldounterschreitung. Im letzten Abschnitt steht etwas zum Disparitätenabbau des Kantons. Budgetiert waren 2.4 Mio. Franken und eingenommen wurden 2.7 Mio. Als Begründung wird angegeben, dass massgebend für die Unterstützung die durchschnittliche Steuerkraft der letzten drei Jahre ist, welche in Burgdorf im Vergleich zu den anderen Gemeinden immer noch eher tief ist. Wie wird die durchschnittliche Steuerkraft definiert? Warum ist sie tiefer im Vergleich zu anderen Gemeinden im Kanton? Ist es einfach Pech oder hat es strukturelle Gründe?

Muralt Christoph, Leiter Finanzen, teilt mit, dass es Berechnungsformeln gibt, die einen Prozentsatz enthalten. Steuerstarke Gemeinden sind über diesem Wert. Gemeinden wie Burgdorf sind unter diesem Wert. Burgdorf gilt als steuerschwache Gemeinde. Das Steueraufkommen ist im Verhältnis zu unserer Grösse zu klein. Es ist keine einmalige Sache, sondern war in den letzten Jahren immer so. Es gibt unterschiedliche Steuersituationen im Kanton Bern.

Anhänge / Seite 244 bis 267

Stadtrat Merz Adrian ist froh, dass die Stadt Burgdorf so viel Kulturförderung betreibt, aber bei den Entscheiden der Kulturkommission sind gewisse Sachen doppelt aufgeführt wie zum Beispiel die Krönung Nr. 11 und 12, das Neujahrskonzert 2017 und 2018 und Un deux trois chanson. Es stellt sich die Frage, warum diese Beiträge doppelt aufgeführt sind. Das Neujahrskonzert 2018 gehört nicht in den Geschäftsbericht 2017.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass die Gesuche früher eingetroffen sind und dementsprechend auch ausbezahlt wurden.

Stadtrat Merz Adrian möchte wissen, ob dies nicht transitorisch verbucht wird.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass er dies noch abklären kann. Im nächsten Geschäftsbericht wird dies entsprechend angepasst.

Abstimmung

1. Von den in der Kompetenz des Gemeinderates bewilligten Nachkrediten in den Produktgruppen 13 und 37 wird Kenntnis genommen.
2. Die Überschreitungen der Voranschlagskredite in der Jahresrechnung in den Produktgruppen 13 und 37 werden genehmigt.
3. Der Geschäftsbericht der Einwohnergemeinde Burgdorf mit Jahresrechnung 2017, die mit einem Ertragsüberschuss von 228'092.88 Franken abschliesst, wird genehmigt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 39 Ja Stimmen die Anträge 1 bis 3.

Abstimmung

4. Die Einlage in die Vorfinanzierung Spezialfinanzierung Schulanlagen und Verwaltungsgebäude von 4'345'387.40 Franken wird bewilligt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 34 Ja und 5 Nein Stimmen den Antrag 4.

SRB: 2018-188 | Registratur-Nr. 1.10.1000.70

Stellungnahmen und Abschreibungsanträge zu den noch nicht erfüllten Motionen, Postulaten und Aufträgen

Verhandlung

Stadtratspräsident Ritter Michael informiert über das weitere Vorgehen. Die sechs betreffenden Vorstösse und Aufträge werden einzeln behandelt. Der Inhalt der Vorstösse und Aufträge sind nicht Inhalt der Debatte, sondern einzig im formellen Sinn, was damit weiter passieren soll.

Stadtrat Biedermann Peter, namens der GPK, teilt mit, dass man alle sechs Anträge des GR unterstützt und zu den Stellungnahmen der Vorstösse und Aufträge keine weiteren Fragen oder Bemerkungen hat.

SRB: 2018-188 | Registratur-Nr. 1.10.1000.70

Postulat SVP und Mitunterzeichnende betreffend Parkplätze im Bahnhofquartier Burgdorf

Verhandlung

Seitens des GR und SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Abstimmung

Verlängerung der Erfüllungsfrist um zwei Jahre.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 39 Ja Stimmen dem Antrag zu.

SRB: 2018-188 | Registratur-Nr. 1.10.1000.70

Motion GLP betreffend Lohnbegrenzung Stadtpräsidium

Verhandlung

Seitens des GR und SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Abstimmung

Verlängerung der Erfüllungsfrist um zwei Jahre.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 39 Ja Stimmen dem Antrag zu.

SRB: 2018-188 | Registratur-Nr. 1.10.1000.70

Postulat Grüne Burgdorf betreffend TISA: Auswirkungen und Handlungsmöglichkeiten

Verhandlung

Seitens des GR und SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Abstimmung

Verlängerung der Erfüllungsfrist um zwei Jahre.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 39 Ja Stimmen dem Antrag zu.

SRB: 2018-188 | Registratur-Nr. 1.10.1000.70

Postulat GLP-Fraktion betreffend Archivierung und Archivalien der Stadt Burgdorf

Verhandlung

Seitens des GR und SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Abstimmung

Aufrechterhaltung des Postulates.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 39 Ja Stimmen dem Antrag zu.

SRB: 2018-188 | Registratur-Nr. 1.10.1000.70

Auftrag BDP-Fraktion betreffend "Förderung der öffentlichen Elektromobilität in Burgdorf"

Verhandlung

Seitens des GR und SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Abstimmung

Aufrechterhaltung des Auftrages.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 39 Ja Stimmen dem Antrag zu.

SRB: 2018-188 | Registratur-Nr. 1.10.1000.70

Überparteilicher Auftrag SP / SVP / BDP / FDP / Grüne / GLP / EVP und EDU betreffend Totalrevision des Schulreglements und zur Klärung von Aufgaben, Form und Funktion der Volksschulkommission

Verhandlung

Seitens des GR und SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Abstimmung

Aufrechterhaltung des Auftrages.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 39 Ja Stimmen dem Antrag zu.

SRB: 2018-189 | Registratur-Nr. 1.10.1000.72

Postulat Grüne Burgdorf betreffend Lohngleichheit zwischen Frau und Mann auf Gemeindeebene realisieren - Lohnleichheits-Charta unterschreiben

Verhandlung

Stadtratspräsident Ritter Michael stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass eine relativ kurze Stellungnahme zum Postulat vorliegt. Grundsätzlich ist es so, dass jede Stelle eine Funktionsbewertung erhält. Anhand dieser Funktionsbewertung wird sie in eine Gehaltsklasse eingereiht. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Stelle ein Mann oder eine Frau besetzt. Beide sind in der gleichen Lohnklasse. Das Prinzip der Lohngleichheit wird bereits gelebt. Der GR ist bereit, das Postulat anzunehmen und die gestellten Fragen im Detail zu beantworten.

Stadträtin Cottier-Rupp Franziska, namens der Grünen-Fraktion, dankt dem GR für die erfreuliche Antwort. Mit Befriedigung nimmt man zur Kenntnis, dass die Lohngleichheit in der Stadtverwaltung Burgdorf bereits seit längerem überprüft wird. Die Grünen-Fraktion bittet den SR, den Antrag des GR anzunehmen.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass die Grünen hier einen Nerv treffen. In einem Land wie der Schweiz sollte die Lohngleichheit eigentlich selbstverständlich sein, ist es aber nicht. Beim Generalstreik vor 100 Jahren war bereits eine Forderung die Lohngleichheit. Es dauerte bis 1971, also 53 Jahre. Die Frauen sollen nun nicht wieder 53 Jahre warten müssen bis wir den Lohn bekommen, den wir verdienen. Die Frauen verdienen nicht weniger Lohn wegen weniger Leistung oder Können, dies zeigt die Statistik vom Eidgenössischen Büro für Gleichstellung von Frauen und Männer, sondern haben eine Lohndifferenz von 42% oder anders ausgedrückt Fr. 608.--. Das kann nicht mit objektiven Faktoren begründet werden. Deshalb muss man sich schon fragen, was da schief läuft. Die Stadt Burgdorf hat sich definitiv ein Lob verdient. Es ist erfreulich, dass das Thema Lohngleichheit bereits seit 2001 fester Bestandteil in den Lohnverhandlungen ist und akribisch System darüber geführt wird. In diesem Sinn unterstützt die SP-Fraktion, Frauen und Männer, das Postulat einstimmig.

Abstimmung

Annahme des Postulats.

Beschluss

Der Stadtrat überweist das Postulat mit 36 Ja und 1 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen an den Gemeinderat.

SRB: 2018-190 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation FDP-Fraktion betreffend "Atelieraufenthalt in Buenos Aires"

Verhandlung

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Grimm Thomas, namens der FDP-Fraktion, dankt dem GR für die umfassenden und interessanten Ausführungen und Informationen. Die Städtekonferenz Kultur gibt der Stadt Burgdorf die Möglichkeit, die Kulturfragen mit anderen Städten zu vergleichen. Die Fr. 8'000.--, welche die Stadt Burgdorf an den Aufenthalt zahlen, sind verkraftbar. Angesichts der angespannten Finanzlage ergeben auch viele kleine Beiträge einen ansehnlichen Betrag. Deshalb muss man auch mal einen unpopulären Entscheid treffen. Die Mitgliedschaften müssen überprüft werden. Bei den "Nice-to-have"-Mitgliedschaften müsste man austreten und wieder eintreten, wenn die Finanzlage besser ist. Stadtrat

Grimm Thomas war während der Ausschreibung in Buenos Aires und hat das Atelier gesucht. Das Atelier ist in einem ziemlich kriminellen Quartier. Stadtrat Grimm Thomas ist an der Bushaltestelle deswegen nicht ausgestiegen, weil es zu kriminell war, obwohl er kein ängstlicher Typ ist. Es stellt sich deshalb die Frage, ob Burgdorf etwas so Kriminelles unterstützen soll. Die FDP-Fraktion ist mit der Antwort zur Interpellation zufrieden.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2018-191 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation Grünen Burgdorf betreffend Bahnhoftreff Steinhof

Verhandlung

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadträtin Meier Christine, namens der Grünen-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für die ausführliche Antwort. Die Grünen-Fraktion ist zufrieden mit der Antwort. Man hofft aber, dass das Thema eines Quartiertreffs bei der Überbauung im Steinhof berücksichtigt wird und man mit dem Quartierverein in Kontakt bleibt.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2018-192 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation SVP-Fraktion betreffend "freihändiger" Vergabe von Aufträgen

Verhandlung

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Beck Daniel, namens der SVP-Fraktion, hat die Ausführungen zur Kenntnis genommen und dankt dem Verfasser für die Beantwortung der Fragen, auch wenn diese formal ausgefallen sind. Es ist wichtig, dass man davon ausgeht und auch erwartet, dass die Stadtverwaltung Burgdorf die freihändigen Aufträge nach fairen und objektiven Kriterien vergibt. Die SVP-Fraktion erklärt sich mit der Beantwortung der Interpellation grundsätzlich als befriedigt.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2018-193 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation GLP-Fraktion betreffend bürgerfreundlicher e-Dienstleistungen der Verwaltung der Stadt Burgdorf und Schaffung einer digitalen Identität

Verhandlung

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man mit der Antwort nicht befriedigt ist. Die Antwort ist doch relativ kurz ausgefallen. Man hätte sich gewünscht, dass die eine und andere Frage beantwortet worden wäre. Man weiss nicht, wieso dies nicht gemacht worden ist, ob die Fragen

zu ausführlich waren oder wegen Zeitmangel. Es ist und bleibt ein wichtiges Thema. Die GLP-Fraktion wird sich vorbehalten zu diesem Thema einen neuen Vorstoss einzureichen.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme nicht befriedigt.

SRB: 2018-194 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag GLP-Fraktion betreffend Regelung der Zuteilung der Kommissionssitze
- Auftrag EVP Burgdorf betreffend Schliessungsdauer der Barriere Lerchenbühl
- Dringliche Interpellation SP-Fraktion betreffend Rückforderungen MiGel bei der Spitex (Das Stadtratsbüro stimmte der Dringlichkeit zu.)
- Interpellation SP-Fraktion betreffend Deklaration von Inhalten bei Veranstaltungen auf öffentlichem Grund oder in öffentlichen Gebäuden
- Interpellation SP-Fraktion betreffend Solätte-Freinacht

Stadträtin Vogt Anette möchte anschliessend an die Sitzung alle gerne zum Schlummertrunk im Pfarrgarten bei der Kirche einladen. Dies, weil heute der 18. Juni 2018 ist, Stadträtin Meier Christine heute ihre letzte Sitzung hat, Stadträtin Vogt Anette einen runden Geburtstag feierte und weil sie in der SP ist. Nach dem Motto „für alle und nicht nur für wenige“. Und auch wegen dem schön gelegenen Garten.

Stadtratspräsident Ritter Michael dankt für die nette Einladung.

Stadträtin de Quervain Anna, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass Stadträtin Meier Christine nach gut sieben Jahre im Rat zurücktritt. Mit Stadträtin Meier Christine haben soziale, ökologische und nachhaltige Anliegen im Rat eine nachhaltige Stimme gehabt. Voller Leidenschaft und Engagement hat sie sich für Gleichberechtigung und Chancengleichheit eingesetzt. Sie hat immer Allianzen über die Parteigrenzen hinweg gesucht und auch die politischen Gegner mit grossem Respekt behandelt. Ein Höhepunkt ihrer Ratszeit war sicher das Stadtratspräsidium im Jahr 2014. Sie hat uns kompetent und mit Geduld durch die Sitzungen geführt. Die Grünen-Fraktion dankt ihr herzlich für ihren grossen Einsatz für Burgdorf und die Partei. Für die Zukunft alles Gute. In der Partei bleibt sie weiterhin Co-Präsidentin.

Stadträtin Meier Christine dankt Stadträtin de Quervain Anna für die Worte. Sie war immer gerne im SR. Es ist jetzt aber an der Zeit, mehr Luft im Privatleben zu haben. Sie wird weiterhin Politik betreiben. Ein Leben ohne politisches Engagement kann sie sich fast nicht vorstellen. Merci für die gute Zusammenarbeit. Die erste Runde im Garten des Pfarrhauses übernimmt sie.

Stadtrat Dür Hermann, namens der FDP-Fraktion, hat die erfreuliche Aufgabe, dem GR und der Verwaltung einen freundschaftlichen Anstupser zu geben. Das ist ein neues parlamentarisches Instrument. Die FDP-Fraktion möchte beliebt machen, dass man möglichst oft Burgdorfer Unternehmen berücksichtigt bei der Vergabe von Aufträgen. Burgdorfer Unternehmen, Gewerbe und KMU haben wir sehr gute hier. Sie zahlen die Steuern in Burgdorf. Im Rahmen des Ermessensspielraums sollten die ansässigen Firmen möglichst oft berücksichtigt werden. Nach dem Motto "Burgdorf first".

Stadtpräsident Berger Stefan nimmt den Anstupser sehr gerne auf. Burgdorf macht es auch. Beim Schloss Burgdorf sind 80% der Vergaben in Burgdorf und der näheren Umgebung vergeben worden. Manchmal geht es aber nicht. Man will und es ist die feste Überzeugung, dass man so viel als möglich in Burgdorf vergeben will.

Stadtratspräsident Ritter Michael wünscht allen eine schöne Solatte und gute Sommerferien. Der Vorsitzende teilt mit, dass es wahrscheinlich eine einmalige Konstellation ist, dass der Pseudo-Festwirt der Reithalle auch Stadtratspräsident ist. Ihm ist zu Ohren gekommen wie erzählt wird, dass er sich weigere die Mehrweggeschirrregelung durchzusetzen. Dem ist nicht so. Es wird durchgesetzt. Alle, die eine Petflasche beziehen, bezahlen ein Depot von Fr. 2.--. Wie die Geschichte entstanden ist, weiss er nicht.

Burgdorf, 27. August 2018

Namens des Stadtrates:



Michael Ritter
Stadtratspräsident



Brigitte Henzi
Protokollführerin